

Der starke Mann

Wesentlich geschwächt

Am 1. März ist in Frankfurt die Wahl des Oberdirektors fällig, der den fünf Direktoren des Verwaltungsrates vorsteht. Die Suche nach diesem Mann ist gegenwärtig das Frankfurter Hauptthema.

Die SPD wird ihn nicht stellen, denn sie wird sich an der Exekutive nur um den Preis der Sozialisierung beteiligen; jener Sozialisierung, die die Amerikaner in Hessen vertagt haben, obwohl sie in der Verfassung durch Volksentscheid verankert wurde. Adenauer hat im übrigen auch schon gesagt, daß er an eine Beteiligung der SPD an den Verwaltungsratsposten nicht denkt. Und das bedeutet die Zusage, daß die CDU als stärkste bürgerliche Fraktion notfalls bereit ist, das gesamte Direktorium zu stellen.

Schließlich hat sich die SPD auch grundsätzlich von einem „starken Mann“ als Oberdirektor distanziert. Dessen Position wird allerdings nicht so stark werden, wie es nach dem ursprünglichen alliierten Charta-Entwurf aussah. Nach diesem Entwurf wäre der Oberdirektor ein deutsches Seitenstück zum amerikanischen Präsidenten geworden, zu dem Mann, der gleichzeitig Staatsoberhaupt und Ministerpräsident ist, der mit großen Vollmachten während einer vorher bestimmten Amtsperiode nicht vom Vertrauen des Parlaments abhängig ist und mit weitreichenden Vollmachten die Exekutive der vom Parlament erlassenen Gesetze durch ein von ihm gebildetes Kabinett lenkt.

Diese starke Position wurde auch von der CDU nicht gebilligt. Während aber die SPD auf uneingeschränkte Hoheit des Parlaments zum Nachteil starker Vollmachten des Präsidenten besteht, betrachtet ihn die CDU als eine Gefährdung ihrer föderalistischen Tendenzen mit Schwergewicht beim Länderrat, der als Gegengewicht zum Wirtschaftsrat die Interessen der Länder zu verfechten hat.

Der gemeinsame Protest der Länder und Parteien bewog die Amerikaner und Engländer, die ursprünglich vorgesehenen Vollmachten des Präsidenten abzuschwächen. Er soll nicht nur vom Plenum mit Zustimmung des Länderrats gewählt, sondern auf gleichem Wege auch abgesetzt werden können — natürlich mit Billigung des Bi-Partite Control-Office.



Karte in der Hinterhand
Carl Spiecker, Zentrums-Katholik

General Clay erklärte allerdings bereits am runden Tisch der Frankfurter Konferenz, in den jetzigen Notzeiten müsse schon ein besonders stichhaltiges Mißtrauensvotum vorliegen, um einen Präsidenten zu stürzen.

Der Präsident wird nicht, wie ursprünglich vorgesehen, seine Direktoren selbst ernennen. Die Wahl wird vielmehr dem Plenum zufallen und einer Billigung des Länderrats bedürfen. „Mit der vorgenommenen Aenderung“, schreibt der „Tagespiegel“, „ist das Amt des Vorsitzenden nur entwertet worden, und das macht es fraglich, ob der Wirtschaftsrat eine zur Übernahme dieses nur noch dekorativen Amtes bereite Persönlichkeit finden wird.“

In Hessens Finanzminister Hilpert, auf den die CDU stark getippt hatte, ist er nicht gefunden, obwohl auch OMGUS bereits zustimmend nickte. Der Föderalist aus dem Ellwanger Kreis wollte eine unumschränkte Finanzhoheit der Länder. Nach dem entgültigen Text der Charta aber ist der Wirtschaftsrat durch eigene Einnahmen von den Ländern finanziell unabhängig, er kann unter Umständen sogar finanziellen Druck ausüben, um sich durchzusetzen.

Carl Spiecker vom Zentrum, der gerade noch in der „Neuen Zeitung“ für den Föderalismus plädierte, hat keine Bedenken gegen die staatsrechtliche Stellung des Oberdirektors. „Wenn der richtige Mann auf diesen Posten kommt, glaube ich, daß dieses Amt positive Möglichkeiten in sich hat.“ Frankfurt hat viel von Carl Spiecker selbst als dem richtigen Mann gesprochen. Auch der Neunerausschuß der CDU hatte bei der Godesberger Tagung den Realpolitiker der Bruderpartei nicht so ablehnend bewertet, wie viele erwartet hatten. Er ist für sie ein Mann in der Hinterhand.

Neuerdings nennt sie aber ihren Widerstandskämpfer und ehemaligen schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Theodor Steltzer als das As in der Vorderhand. Der Offizier, der noch unter den Nazis Pläne für eine internationale Kirchenorganisation förderte und den nur der alliierte Einmarsch vor der Exekution eines Todesurteils rettete, hat sich durch kluge Publizistik über seine norddeutsche Heimat hinaus einen Namen gemacht.

Allerdings ist er Protestant. Und wenn sich die CDU für ein homogenes christlich-demokratisches Exekutivgremium stark macht, so nicht zuletzt im Hinblick auf Abgeordnetenzuwachs aus der französischen Zone. Der würde zwar der CDU den Rücken stärken, ihrer Politik in Frankfurt aber zugleich einen stark katholischen Akzent geben.

Ob der Zuwachs aus dem Französischen wirklich bald kommt, soll sich bei der Londoner Dreier-Konferenz am 19. entscheiden. General Clay ist zuversichtlich und will den Franzosen jedes nur mögliche Zugeständnis machen. Allerdings liegt der Schwerpunkt der französischen Wünsche bei einem Ruhrstatus, der vor dem Anschluß getroffen werden soll. Und diesem Wunsch stehen nicht nur Deutsche skeptisch gegenüber.

Als leichte Abkühlung der Zuversicht auf eine baldige Tri-Zonen-Lösung wertet die Pariser Presse auch den „unfreundlichen Akt“ der bizonalen Charta-Reform kurz vor den Londoner Besprechungen. Demgegenüber sagte Clay, daß die Not der Stunde Eile geboten habe, und daß im übrigen die neue Charta ja nur ein Provisorium sei.

Mit dem Stichwort Provisorium pariert er auch die Einwände der deutschen Parteien, die auf der einen Seite die Charta

zu föderalistisch, auf der anderen zu unitaristisch finden. Provisorium schön und gut, schrieb daraufhin Spiecker in der (von der US-Armee herausgegebenen) „Neuen Zeitung“, doch werde die weitere Entwicklung durch die Reformen präjudiziert.

Auf die Frage eines Pressekorrespondenten, wo denn Clay das Ende des Provisoriums sehe, antwortete der General, undurchsichtig lächelnd, die Presse habe doch wohl nicht weniger Phantasie als er. Erik Reger wurde konkreter und sagte, das Provisorium werde so lange dauern, „bis der Osten sich einfügt oder — so lange, bis etwas Dauerndes geschaffen werden muß, weil der Osten sich nicht einfügt.“ Und mit der ihm eigenen Konsequenz zieht er auch schon den Schlußstrich: Eine verfassungsmäßige deutsche Regierung für die Bi- oder Trizone werde im Falle des Ausbleibens einer Einigung deutsch sein im Sinne von gesamtdeutsch, „eine Exilregierung also, die jetzt schon für ganz Deutschland spricht und später von Frankfurt nach Berlin übersiedelt“.

In den Lichtschacht

Um Schlimmeres zu verhindern

Als der zwölfte und letzte Prozeß in Nürnberg gegen 13 Generale und einen Admiral eröffnet werden sollte, blieb ein Platz leer. Die Angeklagten waren erregt und blaß. Der Gerichtsmarschall erläuterte dem Gericht, einer der Angeklagten liege im Krankenhaus. Um 9.20 Uhr eröffnete der Präsident das Gericht. Um 11 Uhr wurde bekannt, Generaloberst Johannes Blaskowitz habe um 7.30 Uhr einen Selbstmordversuch unternommen und sei um 10.20 Uhr verstorben.

An diesem Morgen waren die Häftlinge nach dem Kaffee wie immer im Gänsemarsch zu ihren Zellen zurückgeleitet worden, als der 64jährige Blaskowitz plötzlich aus der Reihe sprang, mit Hilfe einer Leiter, die ein Maler aufgestellt hatte, das 2,50 m hohe Schutzgitter überstieg und sich in den zentralen Lichthof des Nürnberger Gerichtsgefängnisses stürzte.

Es gibt genug Leute, die glauben, Blaskowitz habe diesen Sprung über das Gitter aus Angst vor Strafe jedenfalls nicht nötig gehabt. Denn in jedem Kriegsverbrecherprozeß der Amerikaner werden auch Angeklagte freigesprochen. Und Blaskowitz gehört nicht in eine Reihe mit An-



As in der Vorderhand
Theodor Steltzer, CDU-Protestant



Treppenhaus
Antifaschist Blaskowitz

geklagt wie etwa dem General Reinecke, der als Beisitzer des Freisler-Gerichts nach dem 20. Juli fungiert hat.

Der Sohn des pommerschen Pfarrers Blaskowitz war mit elf Jahren Kadett und mit 19 Jahren Leutnant gewesen. Bis 1919 war er abwechselnd Kriegsakademiker, Generalstäbler und Truppenkommandeur, später Regimentskommandeur, Waffen-schulinspekteur und Friedens-Heeresgruppen-OB.

Am Tschechoslowakei-Einmarsch nahm er mit der Heeresgruppe III teil, und in Polen befehligte er eine deutsche Armee, kämpfte bei Kutno, überwarf sich mit dem Polen-Henker Frank und protestierte gegen Judenverfolgungen in Polen.

In Frankreich war er dabei, befehligte auch in Rußland eine Armee und schließlich, unter Rundstedt wieder im Westen, eine Armeegruppe. 1945 war er Oberbefehlshaber in den Niederlanden, nachdem er vorher im Saargebiet und dann am Niederrhein und in Holland Heeresgruppen kommandiert hatte.

Zwischendurch war er mehrmals in der Führerreserve gehalten worden, weil die Spannungen zwischen dem General und Hitler sich immer wieder verschärften.

Rundstedt nannte ihn „einen beweglichen Nationalsozialisten“. Zeugen aus den Generalstäben sehen dagegen in Blaskowitz einen Gesinnungsgegner des Nationalsozialismus im Heer. Allerdings soll er weich und außerhalb seiner Generalstabsentscheidungen ohne Entschlußkraft gewesen sein. Zudem gab man ihm keine Bewegungsfreiheit. Er hatte keine feste Truppe, in der er sich einen Stab von Offizieren gleicher Gesinnung hätte aufbauen können. Daraus erklären seine Freunde seine Passivität in der Generalskonspiration.

Als OB der Niederlande hat er einen günstigen Waffenstillstand für seine Truppe dadurch erzwungen, daß er drohte, weite Gebiete Hollands mit Seewasser überfluten zu lassen statt mit Süßwasser, wie es schon geschehen war. Er konnte darauf seine Truppen nach Ostfriesland in die Internierung führen.

Nach dem Kriege hatte er im Internierungslager Neustadt mit 240 Generalen und Admiralen für die historische Abteilung der amerikanischen Armee zu arbeiten, was aber die Amerikaner nicht hinderte, ihn als Kriegsverbrecher anzuklagen, vor allem wegen seines Wirkens in Holland.

Einen Tag, nachdem Johannes Blaskowitz in den Lichthof gesprungen war, knüpften die Wachen im Gefängnis Cherche-Midi von Paris den matt atmenden, aber schon besinnungslosen Otto von Stülpnagel von einem Bettzeugstreifen ab, an dem er noch pendelnd hing. Der 70jährige war ein Mann von ungewöhnlichem Ehrgeiz, der als erster Generalstäbler des Heeres im Weltkrieg das Pilotenexamen erwarb und dreimal zum Pour le mérite eingereicht wurde. Seine Generalstabsprüfung wurde als „Vorzüglich“ gewertet, und Ludendorff hatte den jungen Oberleutnant in seiner Operationsabteilung um sich.

Später beschäftigte sich Stülpnagel in der Völkerrechtsabteilung des Reichswehrministeriums mit den Forderungen der Entente nach Auslieferung militärischer Führer. Er wurde der Kriegsverbrecher-spezialist des ersten Weltkrieges und schrieb „Die Wahrheit über die deutschen Kriegsverbrechen“. Fünf Jahre lang widmete er mit Rede und Schrift einer Ehrenrettung des deutschen Kriegsheeres, bis er 1925 bei der Abrüstungskonferenz in Genf eine mehr diplomatische als militärisch-wissenschaftliche Aufgabe bekam. Er war Landsknechtssitten abhold und schöngeistigen Interessen zugänglich.

1935 ist er bei den ersten, die Görings Luftwaffe aufbauen helfen, nachdem er vorher in nationalsozialistischem Sinne er Jugendorganisationen eingewirkt hat. Als Militärbefehlshaber in Frankreich von 1940 bis 1942 muß er auf Hitlers Geheiß Geiseln erschießen lassen. Zwar rät ihm sein Stab, Hitlers Befehl nicht auszuführen oder doch durch die Formulierung der Erschießungsbefehle die Verantwortung auf Hitler zu schieben, aber der ehrgeizige General deckt die Befehle mit seinem Namen — „um Schlimmeres zu verhindern“.

Deutsche Zeitungen verwechselt ihn jetzt bei seinem Tode mit seinem Vetter Karl-Heinrich von Stülpnagel, seinem Nachfolger auf dem Posten des Militärbefehlshabers in Frankreich. Dieser Karl-Heinrich konspirierte mit den Generalen vom 20. Juli. Auf dem Wege zum Keitel-Rapport schoß er sich bei Verdun eine Kugel in den Kopf. Sein Chauffeur lieferte ihn blind, aber lebend im Feldlazarett ab, wo er in der Operationsmarkose immer wieder den Namen Rommels rief. Der Stabsarzt verständigte das Hauptquartier. Rommel wurde vor die Alternative Selbstmord oder Verhaftung gestellt.

Als der blinde Karl-Heinrich von Stülpnagel nach dem 20. Juli gehängt wurde, blieb von der ganzen alten Potsdamer Soldatenfamilie nur Otto auf freiem Fuß.

Als dieser im Dezember 1946 verhaftet wurde, machte er den ersten Selbstmordversuch. Später ging er Tag für Tag in einem weiten Khaki-Mantel ruhelos in seiner Pariser Zelle auf und ab.

Die Wachen waren unablässig vor dem Guckloch seiner Zelle. Doch paßte er den Augenblick ab, um sich durch einen Sprung von seiner Pritsche in der am Fensterhaken befestigten Wäscheschlinge selbst den Hals zu brechen.

Seine deutschen Generalsfreunde nennen ihn ein letztes Opfer Hitlers, auf dessen Befehl er die Pariser Exekutionsbefehle unterzeichnet habe. Auch Paris weiß, daß der stillschweigende Stülpnagel-Wechsel, den ein Teil der deutschen Öffentlichkeit erst lange nach dem Vollzug begriff, auf



Fensterkreuz
Aesthet v. Stülpnagel

Kontroversen Ottos mit Hitler zurückging. Trotzdem aber schreibt die Pariser Presse in bitterer Erinnerung an hunderte toter Geiseln in Paris, Nantes, Bordeaux und Chateaubriand von dem „Henker von Paris“, der sich einem wohlverdienten Schicksal selbst entzogen habe.

Halbierter Kommunismus

Sie wurden drei

Der Balance-Akt zwischen Adenauer-Billigung und christlichen Gewerkschaftssympathien fordert von dem Ministerpräsidenten Karl Arnold soviel Konzentration, daß ihn Schreckschüsse aus jeglicher Richtung leicht nervös machen. Ein unfreundlicher Kommentar des westdeutschen „Tagesspiegel“-Korrespondenten bewog ihn zu einer noch unfreundlicheren Attitüde gegen eben diesen Korrespondenten auf einer Pressekonferenz. Und als er wegen einer Stellungnahme zu gesamtdeutschen und notfalls westdeutschen staatlichen Problemen Berliner Zeitungen gegen sich aufbrachte, antwortete er in einer scharfen Regierungserklärung vor dem Landtag.

Diese Antwort hieß: Der Vorwurf, die Beteiligung an der Politik von Frankfurt sei Landesverrat, müsse mit aller Schärfe zurückgewiesen werden.

Die KP-Fraktion verstand die Spitze und griff das Stichwort auf. Der zweite KP-Redner in der Diskussion, Ruhrvorsitzender Josef Ledwohn aus Herne, wurde konkret. „Ich will Ihnen einmal eine Frage vorlegen“, wandte er sich an den Landtag. „Sind Sie auf der Rechten und in der Mitte einschließlich der SPD-Fraktion bereit, mit den Deutschen, die heute in Ostdeutschland die Führung in Verwaltung, Wirtschaft und Kultur haben, ein einheitliches Deutschland herzustellen?“ Vielstimmiges „Nein“ von rechts. „Sehen Sie, da haben Sie den Beweis gegeben, daß Sie die Einheit Deutschlands unter den obwaltenden Umständen überhaupt nicht wollen. Und aus dieser Tatsache leiten wir den Vorwurf ab, den der Ministerprä-